

## NIEDERSCHRIFT

über die am 16.12.15 stattgefundene öffentliche 11. Ortsgemeinderatssitzung der  
Ortsgemeinde Hamm am Rhein im Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr Ende: 20:30 Uhr

Anwesend:

Von der Verwaltung: Herr Ortsbürgermeister Helmut Seibel, FDP  
Herr 1. Beigeordneter Oliver Ernst, SPD  
Herr Beigeordneter Gerd Clemens, FDP

Ratsmitglieder: Herr Holger Zutavern, SPD  
Herr Hermann Orth, SPD  
Frau Ursula Orth, SPD  
Herr Kurt Luckas, SPD  
Frau Elke Weicker-Groll, SPD  
Herr Frank Ritterspach, SPD  
Herr Matthias Flügger, SPD  
Herr Jochen Weirauch, FDP  
Frau Bärbel Koska, FDP  
Herr Markus Schmittel, FDP  
Herr Stephan von Wallersbrunn, FDP  
Frau Annemarie Reil, CDU  
Herr Achim Conrath, Wählergruppe Conrath

Entschuldigt: Frau Beigeordnete Jaqueline Rehn (CDU)

Schriftführerin: Frau Seidel

Der Vorsitzende, Ortsbürgermeister Helmut Seibel, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ortsgemeinderat ordnungsgemäß mit der Wahrung von Form und Frist eingeladen und beschlussfähig ist. Es liegen keine Änderungswünsche der Tagesordnung vor. Einwände gegen die letzte Sitzungsniederschrift vom 04. November 2015 erfolgen nicht.

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmer sowie Frau Karsta Seidel, die ab 01.01.2016 für die ausscheidende Frau Mirka Schiebeck die Aufgaben der Gemeindesekretärin übernimmt.

Es folgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## Tagesordnung:

öffentlich

1. Steuer bzw. Abgabensätze 2016
2. Antrag FDP-FWG Fraktion Neupflanzung von Straßenbäumen in der Oberdorfstraße
3. Teilfortschreibung des Regionalplanes Rheinhessen-Nahe 2014
4. Mitteilungen und Anfragen
5. Einwohnerfragestunde gem. § 16 GemO

nichtöffentlich

6. Statusbericht Schulhaus
7. Verschiedenes

### **TOP 1 Steuer und Abgabensätze 2016**

Der Vorsitzende Helmut Seibel teilt mit, dass der H+F Ausschuss über die Abgabensätze für das Haushaltsjahr 2016 beraten hat und empfiehlt diese nicht zu erhöhen. Herr Jochen Weirauch ( FDP) erinnert daran , dass die Gebühren vor zwei Jahren auf Empfehlung der Kreisverwaltung angehoben wurden. Da jetzt keine derartige Empfehlung vorliegt, sollten die Steuer und Abgabensätze unverändert bleiben. Herr Helmut Seibel berichtet, dass im H+F Ausschuss diskutiert wurde, inwieweit statt der Hebesätze der Steuermessbetrag angepasst werden könnte. Er war beauftragt worden dies zu klären. Auf Nachfrage bei der Verbandsgemeindeverwaltung erhielt er die Auskunft, dass eine Veränderung dieser Sätze vom Finanzamt erfolgt. Die Einheitswerte wurden 1964 festgelegt und auf dieser Grundlage zum 01.01.1974 angepasst. Seitdem werden sie nach und nach fortgeschrieben und an die steigende Wertentwicklung der Immobilien angepasst. Eine Ortsgemeinde wie Hamm hätte hier keine Einwirkungsmöglichkeit.

Herr Clemens (FDP) ergänzt, dass in der Presse über Überlegungen geschrieben wird im nächsten Jahr den Steuermessbetrag zu erhöhen. Diese Entwicklung sollte man abwarten und schauen, welche Steuererhöhungen dies dann zur Folge hätte. Dann könnte im nächsten Jahr über eine mögliche Anpassung der Hebesätze gesprochen werden.

Wichtig wäre noch, dass die Hebesätze der Ortsgemeinde ausreichend hoch sind, um so sicherzustellen, dass die Gemeinde in den Genuss von Zuschüssen kommt. Der Vorsitzende erklärt, dass dies geprüft wurde und die Ortsgemeinde Hamm dieser Vorgabe entspricht.

Nach weiteren Wortmeldungen alle Fraktionen des Gemeinderates, die sich für die Beibehaltung der Hebesätze aussprechen, stellt der Vorsitzende folgende Beschlussvorlage zur Abstimmung

Die Steuer und Hebesätze sowie die Hundesteuer sollen unverändert bleiben  
Abstimmungsergebnis: Die Beschlussvorlage wurde einstimmig angenommen.

## **TOP 2           Antrag FDP-FWG Fraktion zur Neupflanzung von Straßenbäumen in der Oberdorfstraße**

Jochen Weirauch (FDP) erläutert den Antrag. Der Zustand der Bäume in der Oberdorfstraße habe sich in den letzten Jahren, auch altersbedingt sehr verschlechtert. .

Die FDP-FWG Gemeinderatsfraktion stelle deshalb den Antrag die abgestorbenen Bäume durch Neupflanzungen derselben Baumart zu ersetzen. Bei Kosten von etwa 200 Euro pro Baum schlägt er vor 5000 Euro im Haushalt 2016 einzuplanen. Damit könnten in einem ersten Schritt etwa 25 Bäume ersetzt werden. Herr Conrath (Wählergruppe Conrath) bestätigt den Zustand der Bäume und stimmt dem Antrag grundsätzlich zu.

Er schlägt aber vor, den Antrag in den Ausschuss zu verweisen, der klären soll, wieviel Bäume betroffen sind und wie hoch die Kosten werden. Herr Orth (SPD) weist darauf hin, dass die Bäume eigentlich im Baumkataster aufgeführt sein müssten. Herr Seibel erwidert, dass diese Bäume damals nicht erfasst worden wären, da nur die größeren Bäume erfasst wurden. Zusätzlich solche, von denen gewisse Risiken, z.B. durch Astbruch. ausgehen “ Herr Clemens (FDP) gibt zu bedenken, dass sich die Gemeinde in der Planung für den Haushalt 2016 befindet. Er schlägt deshalb vor 5000 Euro in den Haushalt einzustellen und zu schauen, wie weit man damit kommt. Er ist der Meinung, dass das Erscheinungsbild der Oberdorfstraße mit 20-25 neuen Bäumen sehr verbessert wird. Herr von Wallersbrunn (FDP) fragt, wie es mit der Pflege der neuen Bäume sei und schlägt vor die „Initiative Streuobstwiese“ zu fragen, ob sie die Gemeinde bei der Pflege z.B. dem Rückschnitt unterstützen könnten. Herr Zutavern (SPD) erwidert, dass die Initiative Streuobstwiese da nicht mithelfen könne, da diese schon in andere Baumpflanzaktionen eingebunden ist und nicht alle Pflegemaßnahmen im Ort übernehmen können. Er schlägt vor den Bedarf aufzunehmen, die Kosten zu ermitteln und den Betrag dann bei der Haushaltsplanung aufzunehmen.

Herr Ernst (SPD) schlägt vor die Hammer Bürger zu fragen, ob jemand bereit ist Patenschaften zu übernehmen Frau Reil (CDU) ergänzt und regt an über das Amtsblatt Paten für die Bäume zu suchen, die diese z.B. während der Anpflanzzeit gießen und pflegen. Dies sollte bereits im Vorfeld geschehen, damit sich Bürger und Vereine überlegen können, wie sie die Gemeinde unterstützen können.

Herr Seibel stimmt dem zu.

**Beschlussvorlage:**           Der Gemeinderat beschließt 5000 Euro für die Anpflanzung von Bäumen in der Oberdorfstraße in den Haushalt 2016 einzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**           Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

### TOP 3

### Teilfortschreibung des Regionalplanes Rheinhessen -Nahe 2014

Der Vorsitzende informiert die Ratsmitglieder über diesen Tagesordnungspunkt.

Er bittet Herrn Ernst (SPD), der an der Sitzung des Verbandsgemeinderates vom 14. Dezember 2015, bei der das Thema ausführlich behandelt wurde, teilgenommen hat, den Rat auf den neuesten Stand zu bringen.

Herr Ernst erläutert die Hintergründe: Der vorliegende regionale Raumordnungsplan wurde mit Bescheid vom 21.10.2015 vom Wirtschaftsministerium genehmigt und ist mit der Veröffentlichung im Staatsanzeiger als Plan verbindlich. Wichtig bei dem Verfahren ist, dass die betroffenen Kommunen, in diesem Fall die Ortsgemeinde Hamm, aufgefordert sind, dazu Stellung zu nehmen. Es betrifft zwei Punkte: die Rohstoffsicherung und die Siedlungsentwicklung. Der regionale Raumordnungsplan wurde in jedem Dorfparlament erörtert, und das Ganze auf der Ebene der VG Eich zusammengefasst. Darin wurden die vorgetragenen Bedenken genau erläutert. Nachdem nun die Fortschreibung in dieser Fassung vorliegt, ist erkennbar: Keine der Bedenken der Ortsgemeinden – bis auf einen kleinen Bereich in Hamm – wurde überhaupt in Betracht gezogen. Alle Bedenken zu dem vorgesehenen Ausbau der Auskiesungsbereiche, sämtliche Überlegungen zur Entwicklung der einzelnen Dörfer, sämtliche Bedenken mit denen sich die ehrenamtlichen kommunalen Politiker im Detail beschäftigt haben, wurden vom regionalen Raumordnungsbüro komplett ignoriert. Im öffentlichen Teil der Sitzung des VG Rates hat Dr. Sabbagh, Mitarbeiter der beauftragten Planungsgemeinschaft, das Vorgehen bei der Teilfortschreibung erläutert. Danach werden z. B. bei der Siedlungsentwicklung gewisse Grundwerte herangezogen. Damit sagt man eine Bevölkerungsentwicklung voraus, die nach Bedarfswerten für die nächsten 10 Jahre analysiert wird. Laut Herrn Ernst (SPD) ergibt sich daraus ein Potential für die Innen und Außenentwicklung einer Kommune. Diese steht aber seiner Meinung nach in keinem Zusammenhang mit der Realität, da nicht berücksichtigt wird, was in der einzelnen Kommune vorrangig ist. In der freien Wirtschaft regelt sich dies über Angebot und Nachfrage. d.h. wie schnell verkaufen sich Grundstücke in neuen Baugebieten. Für die durchgeführten Arbeiten zur Erstellung des Regionalplanes zählten jedoch nur die statistischen Fakten. So geht man beim Planungsbüro von einer Bevölkerungsschrumpfung für die nächsten 10 Jahre aus. – obwohl wir in der eigenen VG momentan ein Wachstum von 1,1 % pro Jahr haben. Im Plan wirkt sich dies in der Festlegung von neuen Baugebieten aus. Für die gesamte Verbandsgemeinde ist dies nur noch eine Fläche von 15,7 ha, deutlich weniger als in den Originalplänen, bei denen weit mehr als 20 ha neue Baugebiete ausgewiesen waren. Er, Herr Ernst (SPD), wisse auch nicht, wie die Bevölkerungsentwicklung aussehen wird, aber er möchte es den Ratsmitgliedern überlassen zu bedenken, ob man von einer Schrumpfung der Bevölkerung in der VG um 700-800 Einwohner ausgehen kann, während gleichzeitig andere Werte mit steigenden Bevölkerungszahlen für die VG Eich vorliegen. Er stellt dar, dass es Möglichkeiten gibt gegen den Regionalplan vorzugehen. Eine ist das sogenannte Zielabweichungsverfahren unter Einbindung der Kreisverwaltung und dem Planungsbüro. Es ist jedoch zu beachten, dass die Stellungnahme der VG Eich, bei der konkret die Bedenken auf Verbandsgemeindeebene aufgeführt wurden, diese nicht in die Überlegung zur Planung einbezogen wurden. Damit müsse man den Sinn eines Zielabweichungsverfahrens in Frage stellen.

Auch wenn die Ortsgemeinde Hamm von der Teilfortschreibung des Regionalplanes kaum betroffen ist, solle man aus Solidarität mit den anderen, stärker betroffenen Gemeinden der VG Eich, diesem Plan nicht zustimmen. Dies gälte vor allen Dingen für die Gemeinde Gimbsheim für den Kiesabbau.

Darüber hinaus gälte dies bei der Ausweisung von Flächen für neue Baugebiete.

Für Hamm ist eine Fläche von 7,9 ha vorgesehen. In einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderates sollte überlegt werden, ob die Gemeinde diese Fläche in Gänze benötigt, und, falls möglich, die über den Bedarf hinausgehende Fläche an andere Gemeinden der VG Eich abtritt, die noch sehr großen Bedarf haben.

Herr Ernst informiert, dass der Verbandsgemeinderat beschlossen hat, die Verbandsgemeindeverwaltung klären zu lassen, ob man sich nicht gegebenenfalls einem Klageverfahren anderer Gebietskörperschaften (Sprendlingen, Gensingen) anschließen soll.

Herr Clemens (FDP) stimmt Herrn Ernst (SPD) zu, dass Hamm nicht betroffen ist und findet das Vorgehen der Regionalen Planungsgemeinschaft unakzeptabel. Die Gemeindevertreter wären gewählt worden und dürften es nicht zulassen, dass in diesem Maße ihre Befugnisse beeinträchtigt würden. Man müsse erwarten, dass ihr Wissen über die Situation vor Ort Berücksichtigung findet. Wir wären, außer beim Neubaugebiet, kaum betroffen. Dort sollten wir behalten, was uns zusteht, und keine Flächen abgeben. Man sollte jedoch andere Gemeinden wie z.B. Gimbsheim, das, wenn der Plan bezüglich Auskiesung realisiert würde, in vielleicht 20 Jahren Venedig gleicht, unterstützen. Dies gilt besonders, wenn sich die Verbandsgemeinde dazu entschließt zu klagen.

Herr Zutavern (SPD) erklärt, dass er auch zuerst der Meinung war, dass das Hamm nicht betrifft. Die Ausweisung von Bauflächen findet er angemessen, aber man sollte sich nichts wegnehmen lassen, was einem zusteht. Eine andere Gemeinde würde dies auch nicht tun. Im Rahmen der Verbandsgemeinde sollte man mit den anderen Gemeinden Solidarität zeigen und eine mögliche Klage unterstützen.

Zu der angeforderten Stellungnahme des Gemeinderates zur Teilfortschreibung des Regionalplanes ergab sich eine eingehende Diskussion, ob diese überhaupt abgegeben werden soll.

Herr Zutavern (SPD) befürchtet, dass eine Nichtabgabe der Stellungnahme automatisch als Zustimmung gewertet wird. Er schlägt vor schriftlich Bedenken dagegen zu äußern. Herr Conrath (Wählergruppe Conrath) schließt sich dieser Auffassung an. Herr Ernst (SPD) schlägt vor, dass der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt einen Brief mit folgendem Inhalt zu formulieren:

Wir können zurzeit der vorgelegten Teilfortschreibung des Regionalplanes nicht zustimmen, da wir mit den vorgegebenen Schwellenwerten bzw. der Auskiesung nicht einverstanden sind. Wir weisen auf die vorgetragenen Bedenken der VG Eich hin.

Die genaue Formulierung soll mit Herrn Beck von der Verbandsgemeinde abgestimmt und vor dem 31.12. 2015 abgeschickt werden.

Gegen dieses Vorgehen ergeben sich keine Einwände.

**Vortrag „Die Judenfamilien in Hamm**

Herr Seibel teilt mit, dass Herr Hans Dieter Graf und Frau Gabriele Hannah das jüdische Leben in den Altrheingemeinden dokumentieren. Sie halten am Donnerstag, dem 17. Dezember 2015 um 20.00 Uhr im ev. Gemeindesaal einen Vortrag. Der Pfarrer hat ihn gebeten, die Gemeinde dazu nochmals einzuladen.

**Brücke an den 12 Aposteln**

Herr Seibel informiert, dass er von Herrn Meyer bezüglich der Brücke folgende Information erhalten hat: Wenn die Brücke für Autofahrer gesperrt würde, bräuchte sie nicht saniert oder entfernt werden. Es müsste eine Absperrung erfolgen, so dass kein Auto darüberfahren kann. Damit könne die Brücke von Radfahrer und Fußgänger weiter benutzt werden. Die Mitteilung liegt noch nicht schriftlich vor.

**Ausbau Straße „In der Bitz“**

Frau Reil (CDU) fragt, ob die Straße „In der Bitz“ ausgebaut werden soll. Herr Seibel teilt mit, dass der Straßenausbau für das nächste Jahr vorgesehen ist und vorher im Rat entsprechend verhandelt wird. Herr Ernst (SPD) weist darauf hin, dass wenn Anwohner der Straße den Ausbau wünschen, dies schnellstmöglich durchgeführt wird. Die Kosten würden, wie bei Erstausbau üblich, zu 90% auf die Anlieger umgelegt. Diese Tatsache sei aber jedem bekannt, der ein teil- oder nicht erschlossenes Grundstück kauft. Herr Seibel informiert, dass die Verbandsgemeindeverwaltung die Gemeinde bereits im letzten Jahr aufgefordert hat, die Straße auszubauen. Es wurde zunächst zurückgestellt. 2016 wird der Rat darüber entscheiden, ob es gemacht wird.

**Termine nächste Ratssitzungen**

Herr Seibel teilt die nächsten Sitzungstermine mit:

- 27. Januar 2016
- 09. März 2016 (Haushalt)
- 20. April 2016
- 01. Juni 2016
- 13. Juli 2016

Der Sitzungsplan wird in der nächsten Gemeinderatssitzung verteilt.

**Verhandlungen mit der Firma Minthe bzgl. Ausgleichsflächen**

Herr Ritterspach (SPD) fragt nach dem Sachstand der Verhandlungen mit der Firma Minthe bezüglich der Ausgleichsflächen. Herr Seibel teilt mit, dass mit Herrn Minthe Gespräche geführt wurden, da er die Flächen in den nächsten Jahren kaufen will. Bezüglich des Kaufpreises soll ein Sachverständiger eingeschaltet werden. Eine Entscheidung über den Verkauf der Grundstücke zur Verwendung als der Ausgleichsfläche muss dann im Rat erfolgen.

**TOP 5          Einwohnerfragestunde gem. § 16 GemO**

Es liegen keine Fragen vor.

Nichtöffentlich

.....  
-Vorsitzender-

.....  
-Schriftführerin-